

Uneinheitlich

* Berlin, 26. Oktober

Ganz im Gegensatz zu der ausgesprochen festen Tendenz am letzten Börsentage eröffnete die heutige Börse in einer sehr unsicheren Haltung, die vor allem darin zum Ausdruck kam, daß die Tendenz von Anfang an

nicht einheitlich

war und auch späterhin mehrfachen Schwankungen unterlag. Den Hauptgrund dieses Stimmungsumschwungs muß man in den innerpolitischen Verhältnissen sehen. Besonders verstimmt

die Meldungen, die aus Frankfurt kamen, und die Schließung der dortigen Börse.

Obwohl die Goldmarkverhältnisse sich gegenüber Mittwoch kaum verändert haben, schien die Börsenspekulation auf viele Marktgebiete überzugehen, die das Kursniveau etwas drückten, so daß vielfach leichte Einbußen zu verzeichnen waren. Dazu kam, daß wohl infolge der Unsicherheit der politischen Verhältnisse die Großkäufe von außenstehender Seite wesentlich nachgelassen haben sollen, während das Publikum naturgemäß so gut wie gar nicht vertreten war. Eine Meldung über Kreditrückstellungen der Reichsbank scheint die Stellungnahme der Börsenspekulanten gleichfalls beeinflusst zu haben. Im allgemeinen wird die heutige Kursentwicklung dadurch charakterisiert, daß die

schweren Werte eher Abschwächungen, die leichten Papiere dagegen Steigerungen

erzielten.

Im weiteren Verlauf unterlag die Tendenz noch mehrfachen Schwankungen, wenn auch die Kursveränderungen sich nach beiden Seiten in ziemlich engen Grenzen hielten. Nach Feststellung der ersten Kurse kam es vielfach zu leichten Abschwächungen. Dann trat aber wieder eine allerdings unbedeutende Steigerung des Kursniveaus ein. Unter den Industriepapieren, die meist festere Haltung zeigten, sind Maschinenwerte vorwiegend zu erwähnen. Augsburg-Nürnberg stiegen auf das Gerücht von einer bevorstehenden Kapitaltransaktion um 350 Millionen, Motorenfabrik Deutz um 140 Millionen. Unter Metallwerten war Lorenz stark begehrt und hob sich um 75 Millionen. Auch Bing-Werke, die ihren Kursstand verdroppten, waren lebhaft gesucht. Bezüglich der Hirsch-Kupfer- und Messingwerke (plus 200 Millionen) hielt sich das Gerücht von einer bevorstehenden Kapitalerhöhung aufrecht. Im übrigen machte sich noch für Textilwerte Interesse bemerkbar, insbesondere für

Norddeutsche Wolle plus 350 Millionen und für Stör, bei denen die Kursfeststellung wegen Materialmangels ausgesetzt wurde.

Man wollte wiederum von einer Interessengemeinschaft beider Untersuchungen wissen. Die übrigen Papiere zeigten im allgemeinen minimale Schwankungen. Nur für Basalt plus 315 Millionen ist stärkeres Interesse festzustellen.

Petrokumwerte waren wieder lebhaft begehrt, so Deutsche Erdöl plus 125 und Deutsche Petroleum plus 55.

Bankaktien zeigten etwas lebhafteres Geschäft, insbesondere Diskonto-Gesellschaft plus 125 und Handelsanteile plus 190. Schiffahrtspapiere lagen wesentlich ruhiger und nicht ganz einheitlich. Es heißt, daß die Verhandlungen zur Bildung eines deutsch-amerikanischen Pools auf Schwierigkeiten stoßen.

Bemerkenswert feste Haltung bekundeten heimische Anleihen, unter denen Sproz. Konsols stark anzogen. Ausländische Renten zeigten leichte Steigerungen bei stillem Geschäft. Bevorzugt waren türkische Werte.

Chemische Werte lagen überwiegend schwach. Badische Anilin anfänglich - 60, später sogar - 115. Die übrigen Papiere des Farbenkonzerns waren dagegen besser gehalten. Agfa anfänglich plus 95, später wieder unter Ausgangskurs. Sehr fest lagen nur Scheidemandat, die bis auf 1100 anzogen. Unter den Elektrowerten waren vor allem Lahmeyer sehr fest, die bis auf 245 anzogen. Die übrigen waren

durchweg nur unbedeutend höher. Stärkeres Interesse zeigte sich dagegen für alle Waggonwerte. Gotha-Waggon waren zum ersten Kurs ausgesetzt wegen zu lebhafter Nachfrage. Rathgeber plus 100 auf die schon das vorige Mal gemeldeten Käufe einer anscheinend stark interessierten Gruppe.

* Leipzig, 24. Oktober

Die Leipziger Börse zeigte am Wochenende keine einheitliche Tendenz. Bei geringen Umsätzen waren die Kurse überwiegend abgeschwächt, zu größeren Kurssteigerungen kam es nur in Ausnahmefällen. Maßgebend für die Stimmung ist weniger eine Aenderung in der Beurteilung der politischen Lage. Zwar erwartet man in den nächsten Tagen Ereignisse, die von entscheidendem Einfluß sein werden. Vor allem denkt man dabei an die Umstellung auf ein wertbeständiges Zahlungsmittel, deren Wirkung noch durchaus im Dunkeln liegt. Auch die Streiklage im Ruhrgebiet und im Braunkohlenrevier Mitteldeutschlands, die drohenden Ausstände in Berlin, werden als Zuspitzungen der Lage empfunden, die ein gewisses Abwarten rechtfertigen. Indessen steht an erster Stelle in der Bestimmung der Börsentendenz die Knappheit an Zahlungsmitteln. Zum Teil wird sie schon direkt empfunden, zum Teil zwingt sie zur Vorsorge. Jedenfalls ist bares Geld schwer zu beschaffen, und auch zu Lohnzahlungen haben offenbar Realisationen vorgenommen werden müssen. Dieser Druck auf das Geschäft wird unwillig empfunden, die Stimmung geht auf eine Fortsetzung der Hausse und sie setzte sich auch an einigen Stellen durch. Besonders wurden Papiere nachgehoht, die bei der letzten Hausse zurückgeblieben sind, so gewonnen Hapag 780 Milliarden Prozent, Tittel & Krüger 150 Milliarden.

Sonst lagen die einzelnen Märkte in sich durchaus uneinheitlich. Bankaktien überwiegend schwächer, Commerz- und Privat-Bank minus 65, Deutsche Bank minus 80, Dresdner Bank 70. Reichsbankaktien waren fester auf Grund der kommenden Umstellung auf Goldnoten. Fester auch Diskonto plus 50, Adca 11, Sächsische Bank 80. Textilwerte waren ebenfalls ohne einheitliche Tendenz. Geestiger Chemnitz Spinner plus 5, Dürfeld 15, Gutzsch 50, Halle Zimmermann 7, Leipziger Trikotagen 10, schwacher Falkenstein Gardinen minus 5, Köhke 15, Leipziger Baumwollspinnerei 25, Leipziger Kammergarnspinnerei 30, Thüringer Wolle 15. Maschinenwerte größtenteils schwächer, so Braun minus 9, Chemnitz Zimmermann 10, Elitewerk 14, Köllmann 5, Schubert & Salzer 15, Zwickauer Maschinen 5; als gestiegen sind zu nennen Halle Zimmermann plus 7, Kirchner 12. Der Anlagemarkt lag fest bei geringem Material und überwiegender Kurssteigerungen. Die sächsische Kohlenanleihe kam 40 Milliarden, Roggenanleihe war gestiegen. Große und kleine Goldanleihe kamen 67½ Milliarden. Dollar schatzanweisungen, die in Leipzig nicht mehr gehandelt werden, gingen zum Berliner Kurs von 75 um, Sproz. Konsols kamen 7¼ Milliarden, 3½proz. 4, 4proz. 9 Milliarden.

Der Markt der amtlich nicht notierten Werte tendierte weiterhin fest bei kleinsten Umsätzen und teilweise recht erheblichen Kurssteigerungen. Wir nennen u. a. Buchwitz 3, Chemnitz Papier 10, Dähne 15, Hansa Lloyd 10, Helne 20, Hilgenberg-Göts 6½, Kemmgar Silberstraße 6, Klosterkellerer Papp 2, Kraftwagen A.-G. 4,5, Kraftwagen Atma 14, Landwirtschaftl. Maschinen 7, Langhein 80, Metall Borsdorf 8, Metall Oederan 3, Gebr. Paul 10, Penia 2, Phänomen 8, Poere 10, Polack 4, Richter 8, Römhild 80 resp. Seidel & Naumann 15, Sächs. Farben 4, Thode 4, Wollhaur Heintzen 15 resp., Thüringer Zucker 157, Weißhauer Spinner 5, Wetzel & Naumann 15. Einbuße erlitten u. a. Apollo 8, Apparatenbau Weimar 8, Reform Motoren 8, Rittmüller 10.

Verordnung

über die Flüssigmachung von Mitteln im Wege der Anleihe und über die Ausgabe von Schatzanweisungen

Vom 20. Oktober 1923

§ 1. Ist dem Reichsminister der Finanzen die Ermächtigung erteilt worden, einen bestimmten Markbetrag im Wege der Anleihe flüssig zu machen oder Schatzanweisungen bis zu einem bestimmten Markbetrage auszugeben, so kann er den Betrag flüssig machen oder Schatzanweisungen bis zu dem Betrage ausgeben, der dem in Goldmark umgerechneten Markbetrage entspricht. Die Goldmark ist dabei dem Betrage von 1042 § der Vereinigten Staaten von Amerika gleich zu setzen. Der Umrechnung des in der Ermächtigung angegebenen Markbetrags in Goldmark ist, sofern nicht im Gesetz etwas anderes bestimmt ist, der Mittelkurs der letzten amtlichen Berliner Notierung für Auszahlung New York vor dem Tage zugrunde zu legen, an welchem der Reichstag das die Ermächtigung enthaltende Gesetz in dritter Lesung angenommen hat.

Werden die auszugebenden Schuldurkunden auf Merk gestellt, so ist für die Rückrechnung der Goldmark in den Markbetrage der Mittelkurs der letzten amtlichen Berliner Notierung für Auszahlung New York vor dem Tage maßgebend, an dem die Reichsschuldenverwaltung auf Grund des Ermessens des Reichsministers der Finanzen mit der Ausfertigung der Schuldurkunden beginnt. Ist der sich hiermit ergebende Markbetrage niedriger als der in der Ermächtigung angegebene, so behält es bei letzterem sein Bewenden.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Der Goldmarkrechneratz für die Reichsteuern am 27. Oktober beträgt 15 Millionen.

Lieferung wird sofort nach Fertigstellung der Stücke erfolgen. Die Central-Goldpfandbriefe sind durch Feingoldhypotheken gedeckt, die nach den Vorschriften des Hypothekengesetzes und des Gesetzes über wertbeständige Hypotheken vom 23. Juni d. J. ausgegeben sind. Die Zulassung an der Berliner Börse wird sobald beantragt werden. Die Barzahlung des zugeleiteten Betrages hat an der Gesellschaftskasse bis spätestens den 2. November 12 Uhr mittags zu erfolgen. Bei auswärtigen Zeichnern wird diese Frist bis zum 3. November 12 Uhr mittags verlängert.

Disconto-Gesellschaft, Wertbeständige Abteilung. Auch dieses Institut hat jetzt, um die Verwendung von Dollarschatzanweisungen des Reichs und von Goldanleihe-Stücken als Zahlungsmittel zu fördern, eine „Wertbeständige Abteilung“ eingerichtet.

Die Steirer Bank hat eine Kapitalerhöhung von 800 auf 1500 Millionen Kronen beschlossen. An der Bank sind nicht nur die Bayerische Staatsbank, das Münchener Bankhaus Berk, Finck & Co., sondern auch die Abteiler der Banca Commerciale in Mailand und des Hauses Castiglioni, die Societe Italiana, die Credite Commerciale in Wien durch bedeutenden Aktienbesitz interessiert.

Eine Rohstoffbank für die deutsche Industrie. Unter der Firma „Holländische Clearing-Bank“ ist unter Beteiligung der Union-Bank, A.-G., Hamburg, und einer holländischen Gruppe eine holländische A.-G. mit dem Sitz in Amsterdam gegründet worden. Das Aktienkapital beträgt 1 Million Gulden. Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb einer Bank, insbesondere die Finanzierung von Warengeschäften aller Art mit dem Ziel, die deutsche Industrie mit Rohstoffen zu versehen und den Akzeptverkehr zu pflegen. Die Bank errichtet in Kürze in Hamburg eine eigene Niederlassung.

Das Bankhaus Alfred Fester & Co., Kommanditgesellschaft a. A. in Düsseldorf, beabsichtigt, seine alten rheinischen Beziehungen wieder aufzunehmen und sein Geschäft auf breiterer Grundlage weiterzuführen. Aus diesem Grunde ist in freundschaftlicher Uebereinstimmung mit der Bankfirma Roderbourg, Hamme & Co., Düsseldorf, die Auflösung dieser Gesellschaft, die von Alfred Fester kommanditiert wurde, beschlossen worden. Die Bank Alfred Fester & Co. wird alsdann wieder alle Zweige des Bankgeschäftes pflegen. In der Leitung des Düsseldorfer Hauses tritt keine Aenderung e. a., sie verbleibt in den Händen der bisherigen Direktoren Dr. jur. A. Pfnb und P. Moos.

Burbach-Konzern

Am Auf der Tagesordnung der Gewerkschaften Burbach, Walbeck, Salzmünde, Eilers und Beienrode standen gleichzeitig die Erhöhung der Kuxenzahl und Erhebung von Beiträgen. Nach Mitteilung des Vorsitzenden geht die Novelle zum preußischen Berggesetz betreffend Kuxenvermehrung in erster Linie davon aus, die Beteiligung altu schwerer Papiere zu ermöglichen. Hierzu gehören zweifellos auch die Kuxe der fraglichen Gewerkschaften. Es war deshalb zunächst eine Kuxenvermehrung auf 10 000 Stück beabsichtigt, doch wird nunmehr nur die Erhöhung auf 5000 Stück vorgeschlagen, welche voll an die Gewerkschaften ausgehandelt werden. Wenn die Novelle sich weiterhin die Erleichterung der Kapitalbeschaffung zum Ziele setzt, so eröffnet sie dafür zunächst noch keinen anderen Weg, als den der Zubauseinziehung. Eine solche ist bei den Werken des Burbach-Konzerns geboten, da der Bedarf an Betriebskapital infolge der Geldentwertung gewaltig gewachsen ist und die Einnahmen aus dem Absatz nicht entsprechend gestiegen sind. Bei insgesamt 5 Gewerkschaften wurde entsprechend einer Erhöhung der Kuxenzahl auf 5000 Stück die Erhebung folgender Zubeuten, einziehbar nach Ermessen der Grubenvorstände, beschlossen: Bei Burbach 500 000 Goldmark, bei Walbeck 300 000 Goldmark, bei Salzmünde 300 000 Goldmark, bei Eilers 200 000 Goldmark. Bei der Gewerkschaft Gänthershall, die eine Kuxenvermehrung nicht vornahm, wurde die Einziehung einer Zubeute von 200 000 Goldmark beschlossen und der Grubenvorstand zur Einziehung ermächtigt.

Am Kaliwerk Niedersachsen. Die G.-V. erhöhte das Aktienkapital um 3 Millionen Vorkuxenaktien und 30 Millionen Stammaktien. Ueber die Geschäftslage wurde ausgeführt, daß in der Kali-Industrie gegenüber 1913 ein starker Leistungsrückgang zu verzeichnen sei, der im ersten Halbjahr 1923 rund 22 Proz. betrug. Vor allem müßte durch Mehrleistung diejenigen Produkte bedeutend billiger werden, von denen die Kaliindustrie abhängig sei, nämlich Kohle, Eisen und Bahnfrachten. Die zukünftige Gestaltung der Kaliindustrie sei ein Absichtsbild, dessen schnelle Regelung für die Gesamtheit von größter Wichtigkeit sei. Wenn die deutsche Landwirtschaft weniger Kuxenaktien besitzt, so bedeutet das für die nächstjährige Ernte eine Vergrößerung, während eine erhebliche Vermehrung notwendig ist. Zahlungsschwierigkeiten der Landwirtschaft müßten deshalb von ihr selbst überwunden werden.

Hüttenwerk Niederschönweide A.-G. vorm. J. F. Ginsberg. (60 Millionen Mark zur Berliner Börse.) Zwischenbilanz zum 30. Juni 1923 gegenüber dem 31. Dezember 1922 (alles in Millionen Mark): Kasse 217,6 (4,65), Außenstände 5766 (216,74), Waren 6140 (455,37), Schulden 5277 (500,46), Akzept 8392 (105,94). Die Umsätze betragen in den letzten drei Jahren 122 bzw. 204,5 bzw. 1062,6 Millionen Mark. Im laufenden Geschäftsjahr sind sämtliche Abteilungen voll beschäftigt.

Unionwerke A.-G., Maschinenfabrik, in Mannheim-Berlin. Die Gesellschaft beantragt Kapitalerhöhung um 25 auf 85 Millionen Mark Stammaktien. Aufhebung des Beschlusses der letzten G.-V. über Erhöhung des Stimmrechts der Vorkuxenaktien und statt dessen Ausgabe von 1,8 Millionen Mark neuer Vorkuxenaktien mit 10fachem Stimmrecht.

Zur Kartellaufsicht

Eine Stellungnahme der deutschen Industrie.

Der Geschäftsführende Ausschuß der Kartellstelle des Reichsverbandes der deutschen Industrie befaßte sich in seiner Sitzung vom 23. Oktober 1923 mit den durch die Rede des Reichskanzlers vom 6. Oktober d. J. angekündigten Maßnahmen gegen die Kartellbildung. Da authentische Mitteilungen über die Absichten der Reichsregierung noch nicht vorliegen, konnte sich der Ausschuß lediglich mit einigen grundsätzlichen Fragen befassen. In diesem Sinne nahm er Stellung wie folgt:

Ein Verbot der Kartellierung oder die Unterbindung der praktischen Beteiligungsmöglichkeiten der Kartelle müßte wirtschaftlich zu den schwersten Folgen für den Bestand vieler Unternehmungen, damit für die in ihnen tätigen Arbeitnehmer und die Gesamtheit des Volkes führen. Insbesondere droht bei einem derartigen Vorgehen die Gefahr einer Vernichtung des industriellen Mittelstandes.

Die von der Regierung für notwendig erachteten Maßnahmen dürfen nur auf den festen Grundlagen des geltenden materiellen Rechtes aufgebaut werden. Verwaltungsmäßige oder richterliche Eingriffe, die an die wechselnde jeweilige Wirtschaftslage anknüpfen, müssen das wirtschaftliche Vertragsleben einer vollständigen Zerrüttung zuführen.

Eine bis ins einzelne gehende Ueberwachung der Kartelle und ihrer jeweiligen Maßnahmen würde einen großen Beamtenapparat erfordern, der vorwiegend unproduktive Arbeit zu leisten hätte. Die Bekämpfung von Auswüchsen, welche bisher schon die vornehmste Aufgabe der Kartellstelle des Reichsverbandes der deutschen Industrie gewesen ist, kann wirksam nur im Zusammenwirken von Selbstverwaltung und Regierung erfolgen, wobei die Regierung im allgemeinen über die Aufstellung von Richtlinien sowie die Ueberwachung ihrer Befolgung nicht hinausgehen kann.

Der Ausschuß ist der Ansicht, daß weitaus die meisten Angriffe gegen die Kartelle und ähnlichen Organisationen in den letzten Jahren die Folgewirkung von Abwehrmaßnahmen der Kartelle gegen die allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, insbesondere die Währungserrüttung, darstellen. Der größte Teil der Beschwerden wird deshalb mit einer Befolgung dieser Schwierigkeiten, insbesondere einer Regelung der Währungsfrage, behoben sein.

Ein gesetzliches Verbot der Kartelle würde einer einseitigen Aufhebung der durch die Verfassung gewährleisteten Koalitionsfreiheit gleichkommen.

Bergmann-Elektrizitätswerke. Im Zusammenhang mit der Gesamtfrage zeigt das Geschäft bei der Gesellschaft eine kleine Abschwächung. In einigen weniger wichtigen Abteilungen ist Kurzarbeit eingeführt worden. Es wurden Arbeiter allerdings in kleinem Umfange entlassen. In den übrigen Betrieben wird voll gearbeitet.

Vereinigte deutsche Nickelwerke A.-G. in Schwerte. (10 Millionen Mark zur Berliner Börse.) Zwischenbilanz vom 31. März 1923 gegenüber dem Zwischengeschäftsjahr vom 1. April bis 30. September 1922 (alles in Millionen Mark): Rohmaterialien 6,5 (5,9), Halb- und Fertigfabrikate 4 (3,5), Debitoren 14 500 (382,2), darunter 750 (182,7) Bankguthaben, Kreditoren 11 500 (294,4). Die Umsätze betragen 5 226 368 kg, 5 531 135 kg, 6 884 179 kg und 8 790 173 kg für das erwähnte Zwischengeschäftsjahr. Die Hauptbetriebe arbeiten voll, die Nebenbetriebe zurzeit verkleinert.

Die Leipziger Polstermöbel-Fabrik, A.-G. Die G.-V. beschloß, von der Ausschüttung einer Dividende abzusehen und den Reingewinn auf neue Rechnung vorzutragen. Ferner wurde beschlossen, das Grundkapital um 70 Millionen Mark Stammaktien auf 100 Millionen Mark zu erhöhen. Die jungen, ab 1. Oktober 1923 dividendenberechtigten Aktien werden von einem Konsortium unter Führung der Vermögensverwaltungsgesellschaft m. b. H., Leipzig, zu 2 Millionen Proz. mit der Verpflichtung übernommen, sie den alten Aktionären anzubieten. Das Stimmrecht der Vorkuxenaktien wird von 30 auf 90 erhöht. Neu bzw. wiedergewählt wurden in den Aufsichtsrat: Handelsrat Herrmann Lehmann, Rechtsanwalt H. Meyer, Leipzig, Dr. F. Reichardt, Altenburg, Stadtrat Wilhelm Jütte, Zeitz, Amtsvorsteher Scholle, Draschwitz, Bankier Erich Jäger, Leipzig, Bankier Bühl, Leipzig, Rechtsanwalt Dr. A. Richter, Leipzig. Die Handhabung der Feuerversicherung soll in der jetzt bei den Gesellschaften üblichen Form geüben. Mitgeteilt wurde, daß die Aktien der Gesellschaft in der nächsten Zeit in den Freiverkehr der Leipziger Börse eingeführt werden sollen. Die Umstellung der Fabrikation auf Polstermöbel hat fortschreitend ein günstiges Ergebnis gezeigt. Zu den Fabrikaten in Polstermöbeln sind die Erzeugnisse der Industriewerke Germania, A.-G., insbesondere Metallbetten usw., hinzugekommen. Die Aussichten werden günstig beurteilt.

Ergebnis Holzindustrie, A.-G., in Brand-Erbisdorf. In der G.-V. wurde beschlossen, von der Verteilung einer Dividende im Hinblick auf die fortgeschrittene Marktentwertung abzusehen. Bankdirektor Ernst Gold von der Discontogesellschaft wurde neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Harburger Gummi-Fabrik. Die a. o. G.-V. beschloß Ausgabe von 150 Millionen Mark Stamm- und 15 Millionen Mark Vorkuxenaktien. Auf je 3000 Mark alte Aktien entfallen 1000 Mark neue Aktien gegen ½ Dollar. Ferner wurde beschlossen, die noch unlaufenden Obligationen in der Weise einzulösen, daß für je 10 000 Mark Obligationen eine junge Stammaktie zur Verfügung gestellt wird.

Milch, Großhandels-A.-G. in Mühlenfabrikanten und Landesprodukten, in Mannheim. Die a. o. G.-V. beschloß eine Kapitalerhöhung um 100 Millionen Mark. Das Stimmrecht der Aktien ist ausgeschrieben. Das Stimmrecht der Vorkuxenaktien wurde von 18 auf das 40fache erhöht.